

denken gewünscht, daß die Verhängung nicht über den Juni 1923 ausgedehnt worden wäre. Die gleiche Erklärung gaben die Vertreter einiger preussischer Provinzen ab.

Abgewiesener französischer Uebermut

Berlin, 27. Okt. Auf eine Anfrage wurde von amtlicher Seite mitgeteilt, daß die von der französischen Besatzungsbehörde beabsichtigte Beschlagnahme von 130 Wagen Ackerland in Engers bei Remscheid zur Umwandlung in einen Truppenübungsplatz auf Veranlassung der amerikanischen Besatzungsbehörde unterblieben sei.

Lohnbewegung der Hafenarbeiter in Hamburg

Hamburg, 27. Okt. Das Schiedsgericht für den Hafenarbeitern einen Tageslohn von 1500 Mk. vom 1. November an zugesprochen. Eine Versammlung der Hafenarbeiter lehnte die Entscheidung als durchaus ungenügend ab und es wurde beschlossen, eine Urabstimmung herbeizuführen, um nötigenfalls einen Streik einzuleiten.

Das Wahlprogramm Bonar Law

London, 27. Okt. In dem Wahlaufruf, den der Erste Minister Bonar Law veröffentlicht, wird die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Friedens betont. Nur durch ungeschmälertes Zusammenarbeiten mit Frankreich und den anderen Verbündeten könne England hoffen, die schwierigen Aufgaben der Gegenwart zu lösen. Das erste Ziel der Regierung werde sein, dem Völkerbund volle und tatkräftige Unterstützung zu gewähren. Die Aufrechterhaltung der Freundschaft mit den Vereinigten Staaten müsse stets ein Hauptziel der britischen Politik sein. Die erste Aufgabe werde die Befestigung des Vertrags mit Irland sein. Im Innern sei die Lage des Handels und des Erwerbs die Hauptsache. Die europäischen Märkte, die Großbritannien durch den Krieg verloren habe, können am besten durch Besserentwicklung des Handels mit den Ueberseeländern, insbesondere innerhalb des britischen Reichs, ersetzt werden.

Bradburg gibt nach

London, 27. Okt. In unterrichteten Kreisen wird gegeben, daß der englische Bevollmächtigte in der Pariser Entschädigungskommission seinen Widerstand gegen die weitgehenden Forderungen der französischen Gegenschläge aufgegeben hat und selbst den schärfsten Eingriffen in die deutsche Verwaltung und der Stellung eines Ultimatus an die deutsche Reichsregierung zustimmte. Die Reise der Kommission nach Berlin habe nur den Zweck, Bradburg den Rückzug zu erleichtern, indem an die Reichsregierung Forderungen gestellt werden, die von vornherein als unannehmbar betrachtet werden können. Daher schreiben die Londoner und Pariser Blätter übereinstimmend, man dürfe sich über den Erfolg der Berliner Reise keinen übertriebenen Hoffnungen hingeben.

In London glaubt man, daß die Entschädigungskommission die Entscheidung abschließend hinzieht.

Das Programm der Entschädigungskommission für Berlin

Paris, 27. Okt. Die Entschädigungskommission einigte sich auf folgende Punkte, die mit der deutschen Reichsregierung in Berlin besprochen werden sollen: Finanzreform, Ueberwachung der Reichseinnahmen und Ausgaben durch die Kommission, Maßnahmen zur Gesundung der deutschen Finanzen und zur Stützung der Mark, Verhinderung der Kapitalflucht und der Devisenspekulation.

Ein amerikanisches Kaufangebot für den Silberberg der Halloren

Den Halloren, die in Halle a. S. als Salzlieferanten auf der Pfannschmelze Saline und als Leichterträger bei Bergarbeiten ihr Brot verdienen, winkt plötzlich, jedem einzelnen, die Aussicht, ein achtzehnfacher Millionär zu werden. Amerikaner haben nämlich auf ihrer Reise durch die Altortums- und Kunstsammlungen Deutschlands auch ihren Weg zur Moritzburg gefunden und dort den Silberberg der Halloren gesehen, der aus zum Teil künstlerisch recht wertvollen Bechern und Pokalen und Wappenschildern besteht. Die Becher und Pokale sind den Halloren, oder wie sie offiziell heißen, der Salzwerkerbrüderchaft im Tal zu Halle, von Fürsten bei ihrem Regierungsantritt geschenkt worden, so namentlich von den preussischen Königen bei ihrer Krönung. Das künstlerisch wertvollste Stück, mit prachtvoller Goldschmiedearbeit verziert, ist ein Becher, den Kaiser Friedrich III. der spätere erste Preußenkönig, den Halloren widmete. Die Amerikaner bieten eine Million Dollars! Dieses Angebot hat bei dem gegenwärtigen Salzwasserstand manchen der Halloren elektrisiert. Man hat ausgerechnet, daß dann auf jedes Mitglied der Brüderchaft 18 Millionen Mark entfallen würden. In der Beratung der Salzwerkerbrüderchaft sind zwar warnende Stimmen laut geworden, die da mahnten, die Brüderchaft dürfe sich nicht von dem altherwürdigen Schatz der Väter trennen, aber schließlich überwoog doch die Stimmung für den Verkauf. Als geschäftskundige Leute beschlossen die Salzwerkerbrüder, ihre Forderung auf zwei Millionen Dollar zu erhöhen. Darüber schweben noch Verhandlungen.

Deutsche Rotgemeinschaft

In Dresden fanden sich auf eine nach bayerischem Vorgang ergangene Einladung Abordnungen der sächsischen Handels- und Gewerbetammer, der Landeskultur- und der Arbeitgeber-Vereine, der Industrie des Groß- und Kleinhandels, des Handwerks, sowie der Arbeitnehmerorganisationen (Beamte, Angestellte und Arbeiter) zusammen, um über die Einleitung eines Landeshilfswerks aller Berufs- und Erwerbstätigen zur Unterstützung der Kinderbewilligten mit Vertretern der Regierung und des Gemeinderats zu beraten. Dabei wurde mitgeteilt, daß der Reichsarbeitsminister bereits damit umgehe, ein Einvernehmen mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe ein allgemeines deutsches Hilfswerk unter dem Namen „Deutsche Rotgemeinschaft“ einzuleiten. Die Anwesenden erklärten im Namen der von ihnen vertretenen Organisationen sich grundsätzlich bereit, mitzuwirken und zunächst an der Bildung eines Landesorgans zur Durchführung der geplanten Reichsorganisation sich zu beteiligen.

Moderne Kreuzschreiber

Am 17. Oktober ist in Wien vor dem zuständigen Gericht ein Urteil gefällt worden, das von allgemeiner Bedeutung ist. Namentlich aber für die Zeitungsleser wie für die Herausgeber von Tageszeitungen. Dieses Urteil wendet sich nämlich gegen die sogenannten redaktionellen Anzeigen und ist die erste praktische Anwendung des am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft getretenen neuen deutsch-österreichischen Pressegesetzes. Dieses Gesetz verlangt nämlich mit Recht, daß Anzeigen und Anpreisungen, die bezahlt werden, also Reklamen und Anzeigen seien, nicht mehr wie bisher in den redaktionellen Teil der österreichischen Zeitungen eingeschmuggelt und dadurch als Reklamen und Urteile der Redaktionen ausgegeben werden. Das Gesetz verlangt nur, daß dergleichen Anzeigen deutlich als bezahlt zu erkennen sein müssen. Die meisten Wiener Zeitungen hatten seit langem in dieser Hinsicht gesündigt; seit dem 1. Oktober d. J. verfahren sie verstoßene Anzeigen am Fuß der Nachricht mit einem Kreuzchen, was im Wiener Volksmund den dergestalt geschäftstüchtigen Herausgebern und Verlegern den Spitznamen „Die modernen Kreuzschreiber“ eintrug. Nach dem Inkrafttreten des neuen Pressegesetzes für Deutschösterreich vergingen nur drei Tage, bis der Pressestaatsanwalt gegen die Uebertreter des Gesetzes einschritt. Das Gesetz setzt nicht nur für jede Uebertretung eine Geldstrafe von 9000 bis 90 000 Kronen fest, sondern erkennt auch auf die Einziehung der den Zeitungen für ihre verstoßenen Anzeigen gezahlten Gebühren. Angeklagt waren das Neue Wiener Tagblatt, die Neue Freie Presse, das Neue Wiener Journal und noch drei Blätter des sogenannten Elbemühlkonzerns. Die Neue Freie Presse hatte sich bei dieser Anklage allein für 118, das Neue Wiener Journal für 91 Uebertretungen des Gesetzes — binnen drei Tagen — zu verantworten. Die Strafe ist denn auch dementsprechend ausgefallen: Für das Neue Wiener Tagblatt betrug sie 745 000, für die Neue Freie Presse 590 000 Kronen; außerdem wurde dem Buchstaben des Gesetzes gemäß das für die beanstandeten Anzeigen eingekommene Geld als zumgunsten des Staates für verfallen erklärt. Bei der Urteilsbegründung führte der vornehmliche Richter aus, daß das neue Gesetz den Leser vor Irrführungen darüber, was redaktionelle Ansicht und was Anzeige sei, bewahren wolle. Die Kreuzzeichnung durch ein Kreuzchen genüge nicht, denn der Durchschnittsleser müsse in der Lage sein, sofort zu erkennen, daß es sich um eine bezahlte Anündigung handle.

Folgen der Kriegs- und Nachkriegszeit für Mutter und Kind

Ueber dieses Thema hielt beim Rektoratswechsel an der Universität Bonn der neue Rektor Geheimrat v. Franke einen lehrreichen Vortrag, worin er u. a. ausführt: Da das weibliche Geschlecht unter der Hungerblockade ganz besonders gelitten hat — die Sterblichkeit der Frau von 15—30 Jahren war z. B. im Jahre 1917 um 45,7 v. H. höher als 1913 —, ist die Frage naheliegend, ob durch die Not der Zeiten die Gefahren sich gesteigert haben. Für das Kind kann diese Frage verneint werden: weder die Zahl der Totgeburten noch die an Lebensschwäche und Bildungsfehlern später gestorbenen Kinder hat zugenommen. Die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten aus den großen Städten auf das flache Land ist eine der bedauerlichsten Folgen der zahllosen reo- lutionären Nachkriegszeit. Der Ernährung- und Ernährungs- und Gesundheitszustand der Kinder bei der Geburt wurde durch die schlechte Kriegsernährung der Mütter nicht nennenswert beeinflusst, wohl aber ihre Entwicklung nach der Geburt durch die Schädigung der Menge und Beschaffenheit der Muttermilch und Herabsetzung der Stillfähigkeit überhaupt. Trotzdem ist die Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahr nicht gestiegen, sehr erheblich jedoch die der schlechter mit Milch versorgten Kinder von 1 bis 5 und 5 bis 15 Jahren, die auch sonst schwer geschädigt wurden (Zurückbleiben im Längenwachstum und in der Gewichtszunahme, Unterernährung, Blutarmut, Verdauungsstörungen, Zunahme der Tuberkulose). Von geburthilflichem Interesse ist besonders die Zunahme der Rachitis — in manchen Städten wurden 90 bis 95 v. H. aller Schulanfänger davon befallen —, weil sie eine der gefährlichsten, nicht selten für Mutter und Kind tödlichen Geburtsstörungen, die Bedenkenge, hervorruft, so daß noch in 15 bis 40 Jahren deutsche Mütter und Kinder den Folgen der Hungerblockade erliegen werden, die während der Kriegs- und Nachkriegszeit im Innern Deutschlands schon 800 000 Menschen dahingerafft hat. Für die Mütter ist zunächst die starke Zunahme der Tuberkulose (von 94 927 Todesfällen im Jahr 1913 auf 147 360 im Jahr 1918!) hervorzuheben. Die Herabsetzung der Widerstandsfähigkeit der deutschen Bevölkerung durch die Nahrungsernährung hat die Einwirkung der Grippe im Jahr 1918 in ein besonders grelles Licht gesetzt: für die weibliche Bevölkerung schnellte die Sterblichkeit durch sie von 145 auf 194,6 auf 10 000 Lebende an; die Sterblichkeit an mitlaufenden Erkrankungen im Wochenbett stieg in Sachsen z. B. um das Fünffache. Kriegs- und Nachkriegszeit haben uns in der Bekämpfung der Wochenbettsterblichkeit so weit zurückgeworfen, daß eine erhebliche Verschlechterung der Sterblichkeit eingetreten ist. Die zunehmende Leuerung läßt eine weitere Verschlechterung befürchten.

Aus Stadt und Bezirk.

Regold, 28. Oktober 1922.

Zu das Nächstliegende

Das Menschengeiz heißt: Zu das Nächstliegende und werde daran. Damit werst du für andere, was du werden kannst, und die Spur deines Daseins geht nicht verloren.

Tun und Wollen.

Wir sollen das, was wir tun können, dadurch zu etwas Idealem machen, daß wir es möglichst vollkommen tun. Das Kleinste und Geringste, das wir tun können, kann groß und bedeutend, begünstigt werden durch völlige Hingabe an die Aufgabe, an das Bedürfnis, an die Forderung.

Wer in der wirklichen Welt arbeiten kann und in der idealen leben, der hat das Höchste erreicht.

! Zum Sonntag. Des Geistes großer Arbeitslosigkeit erhebt dann und wann drohend das Haupt. Wir wissen alle, wie furchtbar das für die Betroffenen wie für die anderen ist. Die Not, von der wir auf wirtschaftlichem Gebiet bis jetzt im Ganzen verschont geblieben sind, herrscht lange schon auf richtigem Gebiet. Die sich Christen heißen, heißt es an Arbeit im Dienst ihres himmlischen Meisters, weil sie keine suchen. Aber die Erfüllung der allgemeinen christlichen Pflicht ist eine Lebensfrage nicht bloß für das Christentum unseres Volkes, sondern auch für das persönliche Christentum jedes Einzelnen. Wer für seine christliche Ueberzeugung nicht vor jedem Mimenstein eintritt, wer dem Meister nicht an seinen Angehörigen, an der Jugend, an den Bedürftigen und Suchenden oder sonstwie dienl. kurz, wer seine Arbeit findet in der weltlichen Welt, dessen Glaube verkümmert und stirbt ab. Die wichtigsten Christen sind immer die freudigsten. Wer möchte müßig am Markte stehen?

Sitzung des Gemeinderats. In der am Freitag abend stattgehabten Gemeinderatssitzung wurde eingangs das Engagement der Maria Hofmann in Oberdorf auf die Stelle der Handarbeitslehrerin hier bekanntgegeben. — Der für den Stammholzverkauf von 351 Jm. brachte einen Erlös von 1734% der Postkarte 1922. Der Erlös entspricht der gegenwärtigen Marktlage des Landes. — Wegen des großen Mangels an Waldämern ist bis auf Weiteres das Sammeln von Bucheln in den Stadtwäldern für auswärtige verboten. — Die Uebernahme der Motorfeuerlöschtröge bis her zu feuerretten Anständen gefährt. Das Wachstum des Sachverständigen ist befriedigend und die noch vorhandenen Mängel sind behoben. Die Uebungen sind bereits aufgenommen und in vollem Gange. Wäre das schöne Fest, das wirklich jeden Einwohner betrieblagen und wie der Wohnerschaft bereits bekannt sein dürfte, feste und elastisch wäre, nie gebraucht werden. — Die Kindererpehung wird nun in Bälde aufgenommen. Es werden nämlich als B. Spr. morgens warme Speisen, erhaltend Fett, Kalium, Milch, Milch verabreicht, die in erster Linie gesundheitslich und körperlich Bedürfnissen, die vom Schularzt bestimmt werden, verabreicht. Der Beitrag ist 3 A.; derselbe kann bis auf 5 A. festgelegt werden. Es ist nun ein Ortsausflug, bestehend aus den Gem. Räten Bauer, Käfer und Weinreiner, gebildet worden, die die Sade weiter beachtlich und leiten werden. 5 Tage wird die Speisung durch die Zentralleitung für Wohltätigkeit, der 6. Tag durch die Stadt getragen werden. — Die Schlachthausgebühren werden neu festgelegt und betragen für Großvieh 116 A., Schweine 100, Rinder 45, Fiegen und Schafe 25 A., Kaninchen: 10 A für Mitglieder, für Nichtmitglieder der Jungung das Doppelte.

Die Futtererzeugung in Württemberg wird nach amtlicher Festlegung ebenso wie anderswärts durch die Wandervergungshilfe im Rahmen mit dem Handel auf Grund von Kartarten mit Beihilfen und oder Zuschüssen geregelt. Zunächst sind zwei Pfund Zucker für Kopf und Monat vorgesehen. Der marktfreie Verkauf des Verteilungszuckers ist strafbar; ebenso ist es verboten, die Zuckerabgabe von dem Zukauf anderer Waren abhängig zu machen.

Milchpreisermäßigung. Durch eine Vereinbarung der landwirtschaftlichen Verbände mit Vertretern der Bedarfsgemeinden, die am 26. Oktober im Haus der Landwirte in Stuttgart getroffen wurde, wurde der Erzeugerpreis für das liter Milch ab 1. November von 24 auf 43 Mark erhöht. Es wird erwartet, daß nunmehr die Milchlieferung sich wesentlich erhöht.

Mindestgebühr für Auszüge aus dem Familienregister. Nach einer Verordnung des Württ. Staatsministeriums soll in Abänderung der Gerichtsverordnungen der Mindestgebühr der Gebühr für beglaubigte Auszüge aus dem Familienregister künftig 10 A. betragen.

Landwirtschaftliche Verkäufe. Die Landwirtschaftskammer veranstaltete am 20. und 21. November in Stuttgart im Bürgermuseum, Langestraße 4, am 22. und 23. November in Ulm, Volkshaus „Drei Linden“, je einen landwirtschaftlichen Verkaufskurs. Die Veranstaltung bietet eine günstige Gelegenheit zeitgemäße und wichtige Fragen auf dem Gesamtgebiet der Landwirtschaft von berufenen ersten Sachverständigen behandelt zu hören und in freier Aussprache zu besprechen. Anmeldungen sind bis spätestens 10. November an die Landwirtschaftskammer zu richten.

Oberamts- und Gemeindevorstandsprüfungen. Am Montag den 27. d. J. werden von der Württ. Landwirtschaftskammer in Ulm a. D. Oberamts- und Gemeindevorstandsprüfungen abgehalten werden. Die Anmeldungen haben bis 15. November zu erfolgen.

Die Hebammegebühren wurden mit Wirkung vom 1. Oktober ab um 200 Prozent erhöht. Die Entschädigungspflicht der Reichspost für verlorene oder beschädigte Pakete wurde vom Reichsrat auf 200 A für das Pfund und bei Einschreibsendungen auf 800 A erhöht.

Die Eisenbahnfahrgebühren sind, worauf wir wiederholt hinweisen, zum 1. November d. J. um die Hälfte erhöht worden. Doch bleibt die Gebührenermäßigung für Kartoffeln und Obst bestehen.

Änderung der Reichsbiersteuer. Elicem Vernehmen nach plant die Reichsregierung bedeutende Änderungen der Reichsbiersteuer und der Getränkesteuer. Verschiedene Abgeordnete aus Bayern haben daher an die Regierung eine Anfrage gerichtet, die sich gegen eine weitere Erhöhung des für Bayern so wichtigen Erwerbszweiges wendet.

Der Württ. Schwarzwaldderein beschloß die Errichtung eines Gedächtnishauses mit Rathhaus und Jugendherberge auf dem K. u. L. S. Sollte sich der Bau nicht durchführen lassen, so sollen die gesammelten Mittel zum Ausbau des Turmhütte zu Lauterbach auf dem Föhrenbühl (bei Oberkirch i. V.) zu einem Gedächtnishauses verwendet werden.

Die erste Postbotenfahrt zwischen Waiblingen und Ergenzingen verkehrt vom Sonntag den 29. Oktober ab zu folgenden Zeiten: Waiblingen ab 11.45, Ergenzingen Pk an 12.10, Ergenzingen Pk ab 12.15, ab Waik. 1.15, Ergenzingen Pk an 1.20, Waiblingen an 1.40, ab Waik. 1.45, Ergenzingen Pk an 1.50.

Das Ministerium des Innern hat u. a. dem Kandidaten der Zahnheilkunde Dr. Hans Vogel von Altensteig die Approbation als Zahnarzt erteilt.

Bestellt den „Gesellschafter“!

Stuttgart, Ingenieure da... münze sind... Juppelin, P... Stuttgart, Lanmer hielt... Die nächste... ist auf 13. N... Oetreibungs... hollen Vorstel... Organisations... lols Ernst G... toffelpreise... Landwirtschaft... lichen Verba... Errichtung ein... lungen mit d... stattgefunden... Abdruck gefü... Stuttgart, 23prozentigen... Schlachtlehm... rung der Säul... herabgesetzt u... und Kindl... 150 A, Kuj... 95 bis 105... 440 A. Stuttgart, feither vom... gimentsstium... ministeriums... geben worden... engereichen... Verzeichnisse... Der Mörb... alten Schlosse... baft in Mühl... Wirtschaft in... die Karoline... bar nachgefoll... au haben, das... Schnee, S... Schnee mit... Stuttgart, den d... Reichs wird... eine große... rung veranla... soll in erster... liche Fürsorge... standes (Mit... terstandes, di... wendet werd... müssen, z. B... jagen nicht a... für die San... Schramm... jalden wurde... orhalet, die... teile gestohle... ganzes Lager... Heilbron... Christian E... schule, hat am... um sich nach... Freude u. H... Heilbron... des Salzwer... fabrik einger... die der Ver... winnung, di... den auf Gru... Rathhaus... Wilhelm, di... von Klein... hülsen. Die... die Bürgerp... Biffingen... Das auf der... Kaufmanns... schen Kunst... Augenblick... wurde eben... gen Sekund... Rehberrg... B a h n u n... dem Jug... erfahrt, das... Friedrich... Müller in W... Partiatlonen... für die Koo... ep. Eine... Bestreitung... einigermaße... Deutschlands... ins Leben... Gemeinden... die Medient... der Landes... beantragt u... nigen Kirch... niedrig geb... ordnungsste... triebes erzie... Landesf... ep.— F... von der B... durch den E... esfolgreich... der protest... über Teil a...

